

Beschlussbuch

Überschrift	Beschlusstext	Adressat
Flüchtlingspolitik: Wir stellen uns der Herausforderung!	<p><i>-beschlossene Fassung-</i></p> <p>Flüchtlingspolitik: Wir stellen uns der Herausforderung!</p> <p>In Europa, auf Bundesebene, in Hamburg und in den Bezirken</p> <p>Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen und hier Schutz suchen, nimmt seit mehreren Jahren zu. Wurden 2012 noch rund 65.000 Asyl-Erstanträge gestellt, waren es 2013 über 109.000 und 2014 über 173.000 Erstanträge. Nach der neuesten Prognose des Bundesinnenministers wird damit gerechnet, dass in diesem Jahr bis zu 800.000 Asylbewerber nach Deutschland kommen werden – das wären etwa viermal so viele wie im Vorjahr. Und nach den letzten Wochen gibt es deutliche Anzeichen, dass auch diese Prognose deutlich überschritten wird.</p> <p>Nach dem "Königsteiner Schlüssel" nimmt das Bundesland Hamburg jedes Jahr rund 2,5 Prozent der Gesamtzahl der nach Deutschland einreisenden Asylbewerber auf. Im Jahr 2014 hat Hamburg mehr als 6.600 Flüchtlinge aufgenommen, von denen rund 6.000 in öffentlichen Unterkünften untergebracht wurden. Für das Jahr 2015 rechnet die Innenbehörde mit</p>	EP- S&D Fraktion Parteivorstand BPT Bu'Fraktion Senat Bü'fraktion SPD Bezirks-

<p>einem rund vierfachen Anstieg der in Hamburg einreisenden Flüchtlinge.</p> <p>Trotz dieser massiv steigenden Zahlen hat Hamburg die Situation bisher insgesamt erstaunlich gut bewältigt– dafür sind wir den Haupt- und Ehrenamtlichen in Verwaltung und Zivilgesellschaft sehr dankbar. Während in anderen Bundesländern z.B. die Zentralen Erstaufnahmen (ZEA) teilweise schlicht wegen Überfüllung geschlossen wurden, hat sich Hamburg der Aufgabe zu jedem Zeitpunkt gestellt und phasenweise sogar noch die in anderen Bundesländern abgewiesenen Flüchtlinge in ihren ZEA betreut. Es konnte z.B. auch sichergestellt werden, dass zum Schuljahresbeginn kurzfristig belegte Turnhallen wieder für den Sportunterricht und die Sportvereine zur Verfügung gestellt werden konnten.</p> <p>Neben der Quantität der Unterbringung wird im Rahmen des Möglichen auch auf eine angemessene Qualität geachtet, auch wenn die aktuellen Zugangszahlen zu vielen Kompromissen und Provisorien zwingen. So wird bei uns beispielsweise die sofortige Beschulung aller Flüchtlingskinder umgesetzt, dieses ist nicht in allen Bundesländern der Fall. Gleiches gilt für die Gesundheitskarte für Flüchtlinge und das Projekt W.I.R. zur schnellen Aufnahme beruflicher Qualifikationen von Flüchtlingen.</p> <p>Auch die Haltung in der Bevölkerung ist ganz überwiegend von einer enormen Hilfsbereitschaft gekennzeichnet. So hat sich bisher an jedem neuen Standort, welcher für die ZEA oder für Folgeunterkünfte eingerichtet wurde, innerhalb kürzester Zeit ein Unterstützerkreis gebildet. Situationen offener Anfeindungen dagegen sind in Hamburg bisher nicht vorgekommen. Gleichwohl wäre es naiv anzunehmen, dass es nicht auch in Hamburg mehr oder weniger verdeckte Ressentiments gibt. Deswegen ist für uns klar: In einem weltoffenen und toleranten Hamburg hat Fremdenhass keinen Platz, wir werden uns diesem überall und zu jeder Zeit offensiv in den Weg stellen. Das hat auch die eindrucksvolle Demonstration auf dem Rathausmarkt „Hamburg bekennt Farbe“ unterstrichen. Mit dieser Haltung werden wir auch die Flüchtlingspolitik weitergestalten – wir schaffen das!</p> <p>Wir werden darauf bestehen, dass nicht nur Nahrung und Hilfsangebote, sondern auch unsere Werte weiter gegeben werden. Werte von Leistung und Zuverlässigkeit, die unsere Arbeitswelt prägen, Freiheitliche Werte, von Selbstbestimmung und Respekt, die den Umgang mit Religion und Sexualität bestimmen und politische Werte der Partizipation und Anerkennung von Opposition.</p> <p>Gleichwohl ist ebenso klar, dass es angesichts des Zustroms Fragen, Sorgen und auch Kritik gibt. Diesem stellen wir uns. Die</p>	fraktionen
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------

ständig steigenden Zahlen der bei uns ankommenden Flüchtlinge machen es unvermeidlich, dass immer schneller immer größere Unterkünfte errichtet werden müssen. Es bleibt kaum Zeit, die anwohnende Bevölkerung zu informieren. Gesichtspunkte wie die Vermeidung einer Ballung besonders vieler Plätze auf relativ geringem Raum oder eine gleichmäßige Verteilung zwischen den Stadtteilen, können in Notsituationen nicht immer berücksichtigt werden. Die Verwaltung ist gezwungen, auf die tägliche Herausforderung der Unterbringung schutzsuchender Menschen zu reagieren, ein in die Zukunft gerichtetes Agieren wird durch die sich stetig ändernden Rahmenbedingungen immer schwerer.

In dieser Situation ist es dringend erforderlich, dass trotz der ständigen Notwendigkeit schnellen Handelns, um allen Flüchtlingen auch im Winter ein Dach über dem Kopf anbieten zu können, unsere langfristigen Ziele nicht aus den Augen gelassen werden. Zwar werden nicht alle Menschen, die täglich zu uns kommen, auch bleiben, jedoch müssen wir gerade als Stadtstaat und Ballungszentrum damit rechnen, dass die hohe Zahl der Flüchtlinge auch langfristig einen erheblichen Mehrbedarf an Wohnraum, Arbeitsplätzen und Bildungs- und Betreuungsangeboten auslösen wird. Diese Entwicklung kommt zur bestehenden und auch für die kommenden Jahrzehnte prognostizierten fortgesetzten Anziehungskraft der Metropole Hamburg gegenüber den ländlichen Räumen noch hinzu.

Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass das bisherige Prinzip, dass die Schaffung von Unterkünften keinen Wohnungsbau dauerhaft verhindern soll, grundsätzlich weiter beibehalten wird. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung ist es allerdings notwendig, dass die Anstrengungen für den Wohnungsbau nochmals verstärkt werden, um aus den provisorischen Zelten und auch Containern möglichst schnell in festen Wohnraum vermitteln zu können.

Aufgabe der kommenden Jahre wird es insbesondere für uns Sozialdemokraten sein, auf den Erfahrungen mit den Großwohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre aufbauend, trotz des steigenden Drucks auch weiterhin für den sozialen Ausgleich zwischen alten und neuen sowie auch innerhalb der neu entstehenden Quartiere zu sorgen. Kurzfristig muss die Stadt sich darüber Gedanken machen, wo sie ein relativ schnelles Wachstum erlauben will. Hierzu ist eine enge Abstimmung zwischen Landes- und Bezirksebene dringend erforderlich.

Wir stellen uns deshalb der Herausforderung, beim Wohnungsbau noch eine deutliche Schippe draufzulegen, um die von uns bereits erfolgreich erreichte Zielzahl von 6.000 neuen Wohneinheiten noch einmal Schritt für Schritt deutlich zu steigern – auch damit die Flüchtlinge nicht jahrzehntelang in Unterkünften wohnen müssen, was für den sozialen Frieden in unserer Stadt kein Dauerzustand sein kann und darf. Insbesondere im Bereich des klassischen sozialen Wohnungsbaus

wollen wir eine deutliche Erhöhung der Zielzahlen. Die SAGA soll und muss ihre Neubauleistungen weiter merklich steigern, denn ohne das städtische Wohnungsunternehmen wird diese Anstrengung nicht gelingen. Für Flüchtlinge wollen und müssen wir darüber hinaus kurzfristig zusätzlichen Wohnraum in größerem Umfang schaffen; hierbei wird uns die angestrebte Baurechtsvereinfachung des Bundes helfen. Außerdem ist eine wesentlich offensivere Flächenpolitik des Landesbetriebs Immobilien und Grundvermögen notwendig. Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft müssen wir uns dafür einsetzen, dass das Niveau der Baukosten stabilisiert wird. Anstrengungen sind auch im Bereich der Gewerbeflächen nötig – z.B. in dem wir die aus dem Wohnungsbau erfolgreichen Instrumente auf den Gewerbebau noch stärker übertragen. Gerade angesichts des Flüchtlingszustroms und der Integrationsherausforderung gilt: Neue Arbeitsplätze werden genauso dringend gebraucht wie neue Wohnungen.

Um die notwendige Akzeptanz für die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgabe zu erlangen und zu erhalten, muss die Bevölkerung bei den einzelnen Schritten mitgenommen werden. Die Einrichtung und ständige Aktualisierung der Flüchtlingsinformationsseiten auf www.hamburg.de ist hierfür ein gut gelungenes Beispiel. Die Information der Anwohnerinnen und Anwohner neuer Flüchtlingsunterkünfte muss, auch unter den erschwerten Bedingungen, so schnell wie eben möglich erfolgen. Außerdem bedarf es jetzt der Diskussion sowie der Präsentation unserer mittel- und langfristigen Ziele und Antworten hinsichtlich des steigenden Flüchtlingsstromes. Hier wird es auf eine hamburgweite Verständigung über neue Zielzahlen im Bereich Wohnungsbau und Wirtschaftsentwicklung mit Wirtschaft, Gewerkschaften und anderen wichtigen Partnern ankommen, damit die konkreten Entscheidungen vor Ort auch möglichst breit getragen werden.

Verantwortung übernehmen in Europa

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugte Europäer und wissen, dass eine engere Zusammenarbeit und Unterstützung von Herkunfts- und Transitländern sowie von politischen Initiativen zur Bekämpfung von Fluchtursachen und der Kampf gegen den Menschenschmuggel nur auf europäischer Ebene zu erreichen sind.

Aufgabe der EU-Außenpolitik ist es zunächst unter Einbeziehung der Mitgliedsstaaten gegen Fluchtursachen anzugehen. Hierzu bedarf es eines vielfältigen Instrumentariums, welches auf die einzelnen Regionen zugeschnitten ist.

So bedarf es für die Länder des Westbalkans neben einer Förderung der Infrastruktur, der massiven Unterstützung von Projekten zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auch der Schaffung einer realistischen EU-Beitrittsperspektive sowie einer jedenfalls teilweisen Ausweitung der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Für die Menschen aus afrikanischen Staaten, die sich mit dem Gedanken tragen nach Europa zu kommen, wollen wir vor Ort ein umfangreiches Beratungs- und Informationsangebot bereithalten. Neben realistischen Informationen über das deutsche Asylsystem, soll insbesondere über die Möglichkeit legaler Arbeitsmigration informiert und – sofern möglich – beim Erwerb der erforderlichen Qualifikationen Unterstützung geleistet werden. Im Hinblick auf die Bekämpfung von Fluchtursachen aus westafrikanischen Staaten bedarf es auf europäischer Ebene darüber hinaus dringend auch einer Änderung der europäischen Agrarpolitik – denn in Wahrheit ist diese mitverantwortlich dafür, dass viele Menschen vor Ort keine Perspektive mehr sehen.

Kriegsbedingte Fluchtgründe wie in Syrien, Irak und Afghanistan müssen durch eine vermehrte Unterstützung des UN-Flüchtlingshilfswerkes jedenfalls abgemildert werden. Die EU ist hier gefragt, die Kräfte Ihrer Mitgliedsstaaten zu mobilisieren. Angesichts der Dimension der Flüchtlingskrise ist die gesamte Weltgemeinschaft, von den Golfstaaten bis zu den USA, gefragt durch massive Zuwendungen an das UN-Flüchtlingshilfswerk die Flüchtlingslager rund um die Krisenherde im Nahen und Mittleren Osten unverzüglich zu stabilisieren. Wir begrüßen, dass die Mittel des Auswärtigen Amtes um jährlich 400 Mio. aufgestockt werden sollen, um die Unterstützung bei der Versorgung und Betreuung von Flüchtlingslagern in den Krisenregionen zu verbessern, die Stabilisierung von Herkunfts- und Transitländern voranzubringen und die Kommunikationsarbeit der Botschaften in migrationspolitischem Umfeld zu verbessern. Das alles kann aber nur ein erster Schritt sein – und viele Länder müssen dem folgen!

Darüber hinaus gehören unabdingbar zur langfristigen Konzeption einer umfassenden europäischen Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik neue politische Initiativen zur Bekämpfung von Fluchtursachen in den Ländern des Nahen Ostens und Afrikas. Die Stabilisierung zerfallender Staaten, die Eindämmung von Gewalt und Bürgerkrieg müssen einhergehen mit konzentrierten Anstrengungen für wirtschaftliche Entwicklung und der Schaffung echter wirtschaftlicher und sozialer Perspektiven, besonders für junge Menschen in den Herkunftsländern. Alle Anstrengungen der Staatengemeinschaft, allen voran der Europäischen Union und der Vereinten Nationen, müssen mit aller Kraft darauf gerichtet sein. Hier ist die gesamte Weltgemeinschaft unverzüglich gefordert, wenn wir die aktuellen Völkerwanderungen in geordnete Bahnen lenken wollen. Deutschland hat mit unserem Bundesaußenminister hierzu schon wichtige Impulse geliefert. Das BMZ muss

seinen Mitteleinsatz auf die Bekämpfung von Fluchtursachen in wichtigen Herkunftsländern konzentrieren.

Schließlich muss die EU in ihren Beziehungen mit den Herkunftsstaaten in Bezug auf die Rückreise abgelehnter Asylbewerber auf eine konstruktive Zusammenarbeit drängen und hiervon auch das Ausmaß ihrer jeweiligen Unterstützung abhängig machen. Darüber hinaus bedarf es hinsichtlich autoritärer Staaten wie Eritrea, einer gezielten diplomatischen Intervention sämtlicher EU-Mitgliedstaaten zur Liberalisierung der dortigen Verhältnisse, die jungen Menschen eine Bleibeperspektive in ihrer Heimat eröffnet.

Wir wissen aber, dass selbst eine erfolgreiche EU-Außenpolitik Fluchtursachen nur abmildern und nicht beseitigen kann. Europa muss sich seiner globalen Verantwortung solidarisch stellen. Unabdingbar ist daher eine faire Verteilung der Asylsuchenden zwischen den Mitgliedstaaten nach ihrer Leistungsfähigkeit. Hiervon müssen insbesondere die Länder an der Außengrenze der EU profitieren. Unabdingbar für den Erfolg einer solchen Verteilung ist aber, dass auf europäischer Ebene gewährleistet werden kann, dass EU-weite Standards auch in jedem EU-Mitgliedstaat gewährleistet werden. Wenn einzelne Mitgliedsstaaten der EU sich hartnäckig weigern, einer angemessenen Aufnahme von Flüchtlingen zuzustimmen, kann das nicht ohne Konsequenz bleiben und man sollte über angemessene Ausgleichszahlungen z.B. aus dem laufenden EU-Haushalt zugunsten der aufnahmebereiten Staaten nachdenken.

Besonders betroffene Staaten wie Griechenland, Italien und auch Ungarn sollen bei der Einrichtung von menschenwürdigen Aufnahme- und Registrierungseinrichtungen unterstützt werden, die von der EU unter Beteiligung des UNHCR gemeinsam mit den betroffenen Staaten betrieben werden sollen. Darüber hinaus soll eine Asylantragsstellung in allen deutschen Konsulaten ermöglicht werden, um das Geschäft der Schlepper zu erschweren. Die Visastellen in den Auslandsvertretungen Deutschlands müssen gestärkt werden.

Ohne eine angemessene, aber Gefahren für Leib und Leben von Flüchtlingen ausschließende Sicherung der EU-Außengrenzen und der dort zu erfolgenden Registrierung und Erstbetreuung in sog. „hot spots“ werden wir nicht dauerhaft gewährleisten können, dass die durch das Schengen-System erreichte Errungenschaft des „Europas ohne Grenzen“ langfristig uneingeschränkt erhalten bleibt – und das darf nicht sein. Klar ist auch: Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen wie aktuell z.B. zwischen Deutschland und Österreich ist keineswegs eine dauerhafte Lösung, sondern war allenfalls als Atempause kurzfristig vertretbar.

Gemeinsam agieren auf Bundesebene

Wir unterstützen die Parteispitze und die SPD-Ministerpräsidenten darin, kurzfristig eine messbare, strukturelle und dauerhafte finanzielle Unterstützung der Länder und Kommunen beim Bund zu erreichen. Die Bewältigung der Lage ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Bund, Länder und Kommunen stehen hier in einer Verantwortungsgemeinschaft. Die bisher vom Bund gemachten Unterstützungszusagen sind angesichts der Lage nicht ausreichend. Wenn Hamburg in einer riesigen Kraftanstrengung die Aufwendungen für Flüchtlinge in einem Doppelhaushalt um fast 600 Mio. Euro aufstockt, ist es im Verhältnis unverträglich, wenn am Schluss in Hamburg nur überschaubare zweistellige Millionenbeträge vom Bund als zusätzliche Unterstützung in Hamburg ankommen. Die Einigung im Koalitionsausschuss, die finanzielle Unterstützung für 2016 auf 3 Mrd. zu erhöhen, begrüßen wir daher als wichtigen Schritt, weitere Unterstützungen kommen hinzu. Bis zum 24. September muss nun ein Weg für die Verstetigung und die Verteilung der Mittel gefunden werden. Senat und Regierungsfractionen sind aufgefordert Wege zu finden, diese Mittel trotz der strengen haushaltsrechtlichen Vorgaben für die Flüchtlingshilfe auch verwendbar zu gestalten – etwas anderes wäre nicht vermittelbar.

Wir brauchen endlich die seit langem vom Bund versprochenen schnelleren Verfahren beim zuständigen Bundesamt. Das CDU-geführte Innenministerium muss dafür Sorge tragen, dass der Bearbeitungsstau des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für rund 250.000 Fälle von Asylbewerberanträgen in ganz Deutschland unverzüglich abgetragen wird. Hierzu ist die bereits beschlossene personelle Verstärkung des BAMF zügig und unter Nutzung unbürokratischer Verfahren umzusetzen.

Den Zuzug von Menschen aus den Ländern des sogenannten Westbalkans, die aus wirtschaftlicher Not oder aufgrund fehlender Perspektive ihr Land verlassen und in das Asylverfahren wollen, müssen wir spürbar verringern. Nur bei etwa 1 % der Asylsuchenden aus diesen Ländern endet das Asylverfahren erfolgreich. Neben der Ausweitung der Informationskampagnen in den Herkunftsländern über die (fehlenden) Chancen in einem Asylverfahren, der Verkürzung der Asylverfahren für Menschen aus diesen Staaten auf maximal drei Monate ab der Einreise und der Schaffung zusätzlicher Möglichkeiten der legalen Arbeitsmigration, ist die Einstufung dieser Staaten als sichere Herkunftsstaaten ein weiterer, wichtiger Baustein, um auf diesem Weg erfolgreich zu sein.

Angesichts der Verfahrensdauer und den Schwierigkeiten Kapazitäten in der Folgeunterbringung aufzubauen ist die von Koalition verabredete Erhöhung der maximalen Aufenthaltsdauer in der ZEA von drei auf sechs Monate ein richtiger

Schritt. Asylsuchende aus „sicheren Herkunftsländern“ sollen bis zum Abschluss des Verfahrens in der ZEA verbleiben.

Der Bund will die Länder und Kommunen beim Ausbau von 150.000 winterfesten Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen unterstützen und hierfür Bundesliegenschaften zur Verfügung stellen. Weitere Verfahrensvereinfachungen im Bau- und Planungsrecht sollen geprüft und unverzüglich umgesetzt werden. Die erste Baurechtsvereinfachung für Flüchtlingsunterkünfte ging auf eine Hamburger Initiative zurück, wir werden auch bei dieser Novelle dafür sorgen, dass sie noch in diesem Herbst greift, damit sie uns vor Ort effektiv hilft. Wo nötig und möglich, werden wir sie landesrechtlich ergänzen.

Im Hinblick auf die Verfahrensdauern sind Senat und Bürgerschaft bereits in Vorleistung getreten, um zu gewährleisten, dass z.B. die Verwaltungsgerichte in die Lage versetzt werden, zügig über Klagen zu verhandeln, und dass rechtskräftige Entscheidungen von der Ausländerbehörde zeitnah vollstreckt werden, wenn dem keine rechtlichen Hindernisse entgegenstehen. So wurde das Verwaltungsgericht bereits um zwei Kammern erweitert, um der gestiegenen Klagezahl abgelehnter Asylbewerber Rechnung zu tragen. Ebenso wurde die Rückführungsabteilung in der Innenbehörde von 10 auf 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgestockt. Die Personalsituation in den Verwaltungsgerichten und der Rückführungsabteilung muss weiter im Blick bleiben – damit die angemahnten Beschleunigungen beim BAMF nicht durch Verfahrensverlängerungen in Hamburg konterkariert werden. Inwieweit noch Spielräume bestehen, unter Wahrung der hohen rechtstaatlichen Standards, die Klageverfahren vor den Verwaltungsgerichten noch effizienter zu gestalten, wird zu prüfen sein.

Dass es aus Stadtstaaten-Sicht am Königsteiner Schlüssel als Verteilungsmaßstab für Flüchtlinge in Deutschland Kritik gibt, ist nachvollziehbar – denn dieser Schlüssel wurde für die Verteilung fiskalischer Lasten entwickelt und lässt das für die Unterbringung von Flüchtlingen eminent wichtige Kriterium der verfügbaren Flächen unberücksichtigt. Da angesichts der großen Herausforderungen in allen Bundesländern eine Änderung des Königsteiner Schlüssel aber aktuell nicht realistisch ist, sind die Möglichkeiten gerade für Stadtstaaten, mit dünner besiedelten Gemeinden, Landkreisen oder Flächenländern Verwaltungsabkommen über die externe Unterbringung von Flüchtlingen abzuschließen, dringend auszubauen. Es kann nicht sein, dass im Osten in dieser Zeit leerstehende Wohnungen abgerissen werden – das ist nicht vermittelbar.

Insgesamt gilt es, in den nächsten Wochen auf Bundesebene praktikable Verständigungen zu diesen und vielen anderen wichtigen Fragen zu erzielen, die von Bundestag und Bundesrat noch im Oktober beschlossen werden müssen. Das

Ergebnis des Koalitionsausschusses ist dazu eine gute Grundlage. Ein Parteienstreit um dieses Thema werden die Bürgerinnen und Bürger angesichts der Lage nicht verstehen. Die Maßnahmen, seien es neue Gesetze, Finanzaufwendungen oder Organisationsentscheidungen, müssen noch in diesem Herbst praktisch Wirkung entfalten können, der Faktor Zeit ist entscheidend.

Eine Verständigung auf Bundesebene sollte durchaus auch neue Wege der – wohl gemerkt gesteuerten - Zuwanderung als Alternative zum Asylverfahren ermöglichen. Der Vorschlag unseres Bürgermeisters zu Wegen der Arbeitsmigration für den Westbalkan hat entsprechend Eingang in die Beschlüsse des Koalitionsausschusses gefunden. Und dass sich die CDU einem Einwanderungsgesetz nicht länger versperrt, lässt hoffen. Auch wenn man die Erwartungen nicht überspannen darf; wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, das viele notwendige Regelungen zusammenführt: Die Voraussetzungen für Einwanderung, für Familiennachzug, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis sowie für Staatsbürgerschaft u.a. werden aktuell in diversen, überwiegend unübersichtlichen Regelungen festgehalten. Ein Einwanderungsgesetz muss Widersprüche klären, Vorschriften zusammenführen und notwendige Transparenz für alle schaffen.

Unsere Anstrengungen auf Landesebene

Die Akquise neuer Flächen für die ZEA und die Folgeunterbringungen erweist sich immer mehr als große Herausforderung, die die Zusammenarbeit diverser Fachbehörden und bezirklicher Stellen betrifft. Um die Abstimmung untereinander sowie die Einbindung der kommunalen Politik noch schneller und besser bewältigen zu können, bedarf es eines möglichst systematischen transparenten Verfahrens. Dieses ist deshalb schwierig, weil die Zuständigkeiten und auch Entscheidungsbefugnisse auf mehrere Fachbehörden verteilt sind. Angesichts der Dringlichkeit und Größe der Aufgabe erscheint eine stärkere Bündelung der Aufgaben als sinnvoll. Der jetzt eingerichtete Koordinierungsstab aus BIS und BASFI war daher ein richtiger und notwendiger Schritt – eine grundsätzliche Zuständigkeitsdebatte in der aktuellen Lage wäre dagegen nicht sinnvoll.

Bei der Flächen- und Gebäudeakquise sind wir auch auf die Mitwirkungsbereitschaft privater Eigentümer angewiesen. Vor allem gilt es aktuell, durch Nutzung von leerstehenden Hallen möglichst weitgehend Zeltunterbringung im Winter zu vermeiden. Viele Eigentümer zeigen Bereitschaft – z.B. von der Firma Globetrotter, der die Stadt ihr ehemaliges Zentrallager abgekauft hat. Unbürokratisch hilft der Firmenchef hier mit, bringt sich ein in dieser angespannten Situation. Aber es gibt auch andere, die sinngemäß sagen, wenn ich eine leerstehende Halle für Flüchtlinge vermiete, kriege ich sie

nachher nicht mehr gewinnbringend verkauft. Eine solche Haltung darf sich in dieser Lage nicht durchsetzen. Hamburg muss und wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um geeignete Flächen und Gebäude auch nutzbar zu machen. Das war an der Sophienterrasse so und wird auch bei leerstehenden Gewerbeobjekten so sein. Wir werden alle Kräfte mobilisieren und Hindernisse aus dem Weg räumen.

Für die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern haben wir strukturelle Voraussetzungen geschaffen, die ein Meilenstein in der Grundversorgung sind. Hamburg ist neben Bremen das einzige Land, das für diesen Personenkreis eine Gesundheitskarte ausstellt und damit die Aufnahme im regulären Gesundheitssystem sicherstellt. Probleme bereiten aber aufgrund des großen Andrangs die Erstuntersuchung sowie die Erstversorgung mit medizinischen Leistungen. Da sich die Flüchtlinge aus Krisengebieten und mit langer Fluchtgeschichte meist in einem schlechten gesundheitlichen Zustand befinden, kann das differenzierte Gesundheitssystem Hausärzte-Fachärzte-Notfallpraxen-Notfallstationen der Krankenhäuser die Versorgung bei dieser großen Inanspruchnahme nicht mehr leisten. Zur schnellen Versorgung der Flüchtlinge einerseits und zur Aufrechterhaltung der ambulanten Versorgung der übrigen Bevölkerung andererseits erscheint es angezeigt, eine zentrale Gesundheitsversorgung in den ZEAs anzubieten. Ebenso bedarf es einer zentralen Koordination der Leistungsangebote, die sich aus fest angestellten Ärztinnen und Ärzten, solchen auf Honorarbasis wie auch auf ehrenamtlicher Basis zusammensetzt. Auch können viele logistische Fragen (z.B. Räumlichkeiten für die gesundheitliche Versorgung, Isolierungsmöglichkeiten bei Krankheit) auf diese Weise gelöst werden. Wenn die Schwierigkeiten der ersten medizinischen Versorgung geklärt sind, kann das geregelte ambulante und stationäre Gesundheitssystem die Versorgung wieder gewährleisten.

Wir sind stolz auf das herausragende insbesondere ehrenamtliche Engagement vieler Hamburgerinnen und Hamburger. Die von der Bürgerschaft jüngst beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Vernetzung und Ausstattung der haupt- und ehrenamtlichen Arbeit für die Flüchtlinge unter anderem durch Einrichtung eines Forums Flüchtlingshilfe, werden daher ausdrücklich begrüßt. Das Forum Flüchtlingshilfe sollte – auch als Zeichen an die Haupt- und Ehrenamtlichen – noch in diesem Jahr mit einer Auftaktveranstaltung seine Arbeit aufnehmen. Eine solche Plattform der konkret mit dem Thema befassten Menschen und Organisationen ist allemal sinnvoller als häufig folgenlose Flüchtlingsgipfel. Ebenso ist die von der Bürgerschaft verstärkte Unterstützung der besseren begleitenden Kommunikation neuer Einrichtungen wichtig und richtig. Ziel sollte es weiter sein, dass grundsätzlich die Anwohnerinnen und Anwohner nicht aus der Zeitung, sondern durch die

Stadt von den Plänen einer neuen Einrichtung in ihrer Nachbarschaft erfahren.

Auch wir als Partei engagieren uns an vielen Stellen. Viele Genossinnen und Genossen engagieren sich ehrenamtlich in Unterstützerinitiativen vor Ort, nicht selten gehören sie zu den Initiatoren solcher Unterstützerkreise. Um den Erfahrungsaustausch auch bei uns zu fördern und die thematische Weiterarbeit an diesem für uns alle zentralen Thema zu bündeln, werden wir in den nächsten Monaten zu einer zentralen „**Flüchtlingskonferenz der Hamburger SPD**“ die Genossinnen und Genossen, aber auch viele externe Engagierte, einladen. Dabei wollen wir die Chancen in den Mittelpunkt stellen, ohne die Probleme zu vernachlässigen.

Denn: Jeder Flüchtling, der in unser Land kommt, ist auch eine Chance für uns alle. Gesellschaftlich allemal, weil Flüchtlinge das Leben in diesem Land auch bereichern können. Dies gilt darüber hinaus auch in volkswirtschaftlicher Sicht, da Asylbewerber offene Stellen besetzen können und die Nachfrage stärken. Der Gewinn wird umso größer sein, je eher eine Arbeitserlaubnis erteilt wird und das Erlernen der deutschen Sprache beginnt. Außerdem können wir schon jetzt festhalten, dass bei richtiger Gestaltung von Zuwanderung und Integration wichtige Beiträge zur Lösung unserer demographischen Probleme und des Fachkräftemangels geleistet werden können. Der Zeitpunkt für die Integration in Arbeit ist gerade jetzt sehr günstig. So sind bei den Arbeitsagenturen rund 589.000 offene Stellen gemeldet, immerhin 87.000 mehr als im letzten Jahr. Deshalb müssen die Fristen der Vorrangprüfung weiter verkürzt und die Verfahren der Gleichwertigkeitsprüfung von Arbeitsverträgen von Flüchtlingen entbürokratisiert werden. Viele Arbeitgeber sind bereit, Flüchtlingen eine Chance zu geben – sie scheitern häufig an bürokratischen Hürden. Damit muss Schluss sein. Ein Arbeitgeber, der einen Flüchtling einstellen will, muss binnen einer Woche die notwendigen Genehmigungen erhalten können und entsprechend beraten werden. Wir freuen uns, dass unser Sozialsenator als zukünftiger Vorstand der Bundesagentur für Arbeit diese Fragen in den Mittelpunkt seiner neuen Tätigkeit stellen will und sagen ihm unsere Unterstützung zu. Ein wichtiger und vorbildlicher Schritt war, dass Hamburg als erstes Bundesland Projekt W.I.R. zur schnellen Aufnahme beruflicher Qualifikationen von Flüchtlingen gestartet hat. Letztlich sollte es – nach dem Vorbild der Jugendberufsagenturen – Flüchtlingsberufsagenturen geben, die alle Kräfte für eine schnelle Integration möglichst vieler Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt bündeln.

Dabei müssen wir aber beachten, dass eine große Zahl von Menschen ohne oder nur mit wenig Bildung zu uns kommt. Wir wissen, dass die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für Menschen mit geringer Bildung begrenzt ist. So hat der Arbeitsmarkt in Hamburg einen Anteil von ungefähr 10 Prozent Geringqualifizierter. Diesen Zwiespalt müssen wir

benennen und Lösungsmöglichkeiten schaffen. Wir müssen unsere Anstrengungen auf die Bereiche Spracherwerb und Nachqualifikation konzentrieren. Der Bund muss deshalb die Mittel für Sprachkurse auch für Asylbewerber und Geduldete deutlich erhöhen und auch die berufsbezogene Sprachförderung ausweiten.

Der Bund muss dafür sorgen, dass die Jobcenter angesichts der Aufgabe der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen personell verstärkt werden und die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen massiv erhöht werden. Dabei sollte es vorrangiges Ziel sein, Flüchtlinge vor allem für die Branchen auszubilden, in denen eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften besteht. Beispiele hierfür wären das Handwerk, wo dieses Jahr ca. 27.000 Ausbildungsstellen unbesetzt geblieben sind, sowie Krankenhäuser und Pflegeheime, wo Flüchtlinge Lücken des Arbeitsmarktes auffüllen könnten. Auf der anderen Seite ist es aber auch nicht fernliegend, dass sich im Bereich einfacher Tätigkeiten der Wettbewerb verschärfen wird. Wir werden daher auch Mittel und Wege finden müssen, den Anteil Geringqualifizierter am Arbeitsmarkt auszuweiten. Hier sind Initiativen an die Bundesebene zu richten – und die Mittel der Bundesagentur sind entsprechend aufzustocken.

Ein Großteil der Flüchtlinge sind Familien mit Kindern. Hier haben wir die Chance, dass unser vorbildliches System von Bildung und Betreuung, von der Krippe, Kita, Grundschule (mit flächendeckender Ganztagsbetreuung) sowie Stadtteilschule und Gymnasium entsprechend mitwächst. Mit der Mehrbedarfsdrucksache wurden von Senat und Bürgerschaft die ersten Weichen richtig gestellt – das muss so weiter gehen. Wichtige Errungenschaften wie die kleinen Grundschulklassen und die schrittweisen Verbesserungen im Kita-Betreuungsschlüssel müssen erhalten bleiben und sind geradezu Erfolgsfaktoren für die Integration der Flüchtlingskinder in Hamburg.

Durch eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Kinder, möglichst unter Berücksichtigung des Kess-Faktors auf die Schulen unserer Stadt, wollen wir dem besonderen Förderbedarf der Flüchtlingskinder Rechnung tragen.

Die Belange und die besondere Lage weiblicher Flüchtlinge muss insbesondere mit Blick auf mögliche geschlechtsspezifische Gewalterfahrungen berücksichtigt werden.

Die Entwicklung von Konzepten für den Zugang und für die Beratung von Frauen ist daher erforderlich. Selbstbestimmung und Gleichberechtigung sind wichtige Ziele, die dabei berücksichtigt werden müssen. Dabei müssen Flüchtlingsarbeit und Frauenberatung eng vernetzt werden. Die besondere Situation schwangerer Frauen in den Unterkünften muss

Berücksichtigung finden. Psychologische Hilfen und Traumatabehandlungen müssen zugänglich sein.

Herausforderungen vor Ort auf bezirklicher Ebene

Aufgabe der bezirklichen Ebene wird es auch zukünftig sein, die Landesebene bei der Akquise und Auswahl der neuen Flächen mit ihren örtlichen Kenntnissen zu unterstützen. Um auch langfristig die Unterstützung aller politischen Richtungen zu erhalten, sollten Flächenvorschläge möglichst längerfristig vorliegen und gewertet werden können. Die Prognosen zeigen alle zunächst anhaltende Flüchtlingsströme, sodass auch mittelfristig mit der Notwendigkeit einer Ausweisung neuer Flächen gerechnet werden muss. Dieses sollte deshalb jetzt proaktiv für die Zukunft vorbereitet werden.

Die Bezirke dürfen über die kurzfristig notwendige Beschäftigung mit Flächen für die ZEA und Folgeunterkünfte den dringend notwendigen Wohnungsbau nicht vernachlässigen. Die Aufstellung und Abarbeitung der bezirklichen Wohnungsbauprogramme bleibt ihre vordringliche Aufgabe. Insbesondere sollte an dem Prinzip, dass die Einrichtungen für ZEAn und Folgeunterkünfte grundsätzlich keine Wohnungsbauvorhaben längerfristig verhindern dürfen, festgehalten werden. Um trotzdem in der Lage zu sein, auch kurzfristig für die Unterbringung nutzbare Flächen bereit zu stellen, müssen Modelle für die Zwischennutzung von Wohnungsbauflächen sowie integrierte Modelle der schrittweisen Entwicklung von ZEA über Folgeunterkünfte hin zu sozialem Wohnungsbau ermöglicht werden. Wir stellen uns auch der Herausforderung, kurzfristig größere Flächen zu benennen, um auch für die Folgejahre Kapazitäten zu haben.

Bei der Ausweisung neuer Flächen für öffentliche Unterbringung werden wir darauf achten, dass die Menschen in unserer Stadt möglichst keine Einschränkungen in der Nutzung der täglichen Infrastruktur aufgrund der Vielzahl an Flüchtlingen erfahren. In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich, dass der Senat es geschafft hat, alle in Anspruch genommenen Turnhallen vor Ende der Schulferien wieder zu räumen und setzen darauf, dass dies auch künftig gelingen wird.

Wir begrüßen, dass Bürgerschaft und Senat auch die finanziellen Mittel für eine bessere Koordination des freiwilligen Engagements bei Flüchtlingsunterbringungen auf bezirklicher Ebene in personeller Hinsicht (Flüchtlingskoordinator/in) bereitgestellt haben.

Wir begrüßen das vielfältige soziale Engagement der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt – gerade auch vor Ort in den Bezirken und Stadtteilen. Wir wissen, dass dieses Engagement in heutiger Zeit nicht selbstverständlich ist und zum Teil eine

	<p>erhebliche persönliche Belastung darstellt. Aber ohne dieses freiwillige Engagement wäre die gesamtstädtische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Hilfe für die Flüchtlinge und ihrer Integration nicht zu leisten. Die bereits entstandenen Netzwerke bedürfen unserer Unterstützung. Folgende Maßnahmen sind erforderlich und sollten auf dem Flüchtlings-Forum diskutiert werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Feste Ansprechpartner in den Einrichtungen, in den Fachbehörden und Bezirken 2. Sicherstellung eines bezirklichen Erfahrungsaustausches 3. Hilfe bei der Suche von Räumlichkeiten 4. Leichter Zugang zu Fortbildungsmöglichkeiten 5. Freistellung von den Kosten des Nachweises eines qualifizierten Führungszeugnisses 6. Psychologische Betreuung in Form eines Sorgentelefon 	
Berufliche Qualifikation	erledigt durch Annahme von FI 1	
Ärztliche Versorgung	erledigt durch Annahme von FI 1	
Wohnungsbau	erledigt durch Annahme von FI 1	
Kontoanspruch	erledigt durch Annahme von FI 1	
Spracherwerb und Sprachförderung	erledigt durch Annahme von FI 1	

<p>Unterhaltskosten übernahme durch den Bund</p>	<p>erledigt durch Annahme von FI 1</p>	
<p>Unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge – Privatvormundsc haften stärken, Integration erleichtern!</p>	<p>erledigt durch Annahme von FI 1</p>	
<p>Neue Griechenland- politik</p>	<p>- beschlossene Fassung -</p> <p>Das bisherige Krisenmanagement hat in Griechenland zu katastrophalen Folgen geführt. Mehr als jeder vierte ist arbeitslos, bei den Jugendlichen sogar mehr als sechzig Prozent. Der Privatkonsum ist um fast dreißig Prozent zurückgegangen, was auf eine Reduzierung der Renten und Gehälter um bis zu vierzig Prozent zurückzuführen ist. Jeder dritte Bürger, d. h. insgesamt über zweieinhalb Millionen Menschen! sind nicht sozial- bzw. krankenversichert und haben keinen Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem, das zum Teil bereits kollabiert ist. Diese Politik nimmt es in Kauf, dass kranke Menschen, die kein Geld haben und denen aber medizinisch geholfen werden könnte, sterben müssen. Für fast die Hälfte der Bevölkerung stellen mittlerweile landesweit 70 Sozialkliniken die einzige Möglichkeit dar, untersucht und therapiert zu werden. Kliniken, in denen ehrenamtlich Ärzte und weitere Kräfte völlig überlastet und mit nur unzureichenden Mitteln arbeiten. Kliniken, die nicht nötig sein dürfen! Die Regierungen der Euroländer, die Europäische Zentralbank (EZB) und der Internationale Währungsfond (IWF) verhandeln mit der griechischen Regierung und verkürzen die vielschichtige auf eine eindimensionale Krise, die angeblich nur mit so genannten Sparmaßnahmen und Reformen zu lösen sei. Jürgen Habermas moniert, die Politiker der Euroraumregierungen „sehen zwar wie Politiker aus, lassen sich aber nur in ihrer ökonomischen Rolle als Gläubiger sprechen“. Dies führt zu einer immer tiefer werdenden De-Demokratisierung Europas, denn sie lassen zu, dass die Banken und nicht die Bürger die Entscheidungen treffen. Die Bundesregierung ist diejenige im Euroraum, die den stärksten Einfluss auf die Entscheidungen der</p>	<p>EP- S&D Fraktion BPT Bu'Fraktion</p>

Institutionen bei den Verhandlungen zur Lösung der Krise hat. Angela Merkel und Wolfgang Schäuble verfolgen seit 2010 eine Politik, die einseitig auf Austerität und harten „Sparmaßnahmen“ basiert. Obwohl die überwältigende Mehrheit der Ökonomen weltweit Kritik ausübt und diese Politik als gescheitert erklärt, beharren Merkel und Schäuble darauf, dass diese weiter verfolgt wird. Es wurden bisher Banken gerettet, insbesondere deutsche und französische, und nur ein minimaler Teil der „Hilfen“ hat Griechenland erreicht. Die griechischen Schulden wurden in einer weltweit beispiellosen Aktion von privater in die öffentliche Hand übertragen. Es wird eine Diskussion geführt, die einen so genannten Grexit für möglich hält, ja sogar herbei beschwört mit dem Argument, das wäre für Deutschland und die weiteren EU-Länder weniger kostspielig, als der Verbleib Griechenlands in der Währungsunion.

Der „Grexit“ bzw. die Diskussion darüber wird wie ein Damoklesschwert ohne absehbares Ende über Europa gehängt. Uns entsteht dadurch der Eindruck, dass eine Lösung der Krise vertagt werden soll bzw. dass kein ernsthaftes Interesse besteht, diese zu beenden. Solange der „Grexit“ nicht ausdrücklich ausgeschlossen wird, ist keine nachhaltige Lösung möglich.

Aus diesen Gründen setzen wir uns als Sozialdemokraten für eine Politik ein, die sich an der Menschenwürde orientiert und für Griechenland wie ganz Europa eine tatsächliche Perspektive aufweist. Sie soll folgende Eckpunkte beinhalten:

- (1) Wir wollen die Demokratisierung der europäischen Institutionen und eine solidarische Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU vorantreiben.
- (2) Wir wollen das griechische Volk unterstützen und bei der Lösung der Krise eine Wachstums-, Hilfe- und Investitionsdimension in ausreichendem Maße berücksichtigen.
- (3) Wir wollen wohlgemeinte technische Hilfe organisieren, die auf partnerschaftliche Art und Weise die griechische Regierung bei den Bemühungen unterstützt, eine effiziente und modernisierte öffentliche Verwaltung, insbesondere die Bereiche der Steuererhebung und Bekämpfung der Korruption, intensiv aufzubauen.
- (4) Wir wollen ein europäisches Sofortprogramm organisieren, das die Folgen der humanitären Krise in Griechenland lindert.

	<p>(5) Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Griechenland die Bereiche der öffentlichen Gesundheit und Bildung aus den Sparmaßnahmen ausgeschlossen werden.</p> <p>(6) Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das deutsch-griechische Jugendwerk sich weiter entwickelt und neue Programme entworfen und unterstützt werden, die es jungen Griechen ermöglichen, sich in Deutschland ausbilden zu lassen.</p> <p>(7) Wir wollen uns dafür einsetzen, dass für Griechenland eine Wachstumsperspektive aufgezeigt wird, die es dem Land ermöglicht, sich in die Lage zu versetzen, seine Schulden langfristig zu tilgen.</p>	
<p>Verhandlungen über die Freihandelsabkommen CETA/TTIP/TISA</p>	<p>- <i>beschlossene Fassung</i> –</p> <p>Verhandlungen über die Freihandelsabkommen CETA/TTIP/TISA</p> <p>Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:</p> <p>die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments (S&D-Fraktion), der Bundesregierung, der Bundestagsfraktion und des Bundesrates werden aufgefordert, in ihrer politischen Arbeit zu vertreten:</p> <p>I. Der Beschluss des SPD-Konvents vom 20.9.2014 zum Freihandelsabkommen TTIP bleibt verbindliche Richtschnur für alle Ebenen der Partei und ist entsprechend auf die Verhandlungen zu den Abkommen CETA und TISA anzuwenden. Das gilt insbesondere für die Aussage zu den Schiedsgerichten („...in jedem Fall sind Investor-Staat-Schiedsverfahren und unklare Definitionen von Rechtsbegriffen, wie ‚Faire und Gerechte Behandlung‘ und ‚indirekte Enteignung‘ abzulehnen.“).</p> <p>II. Die Empfehlungen des zuständigen Berichtstatters des EU-Parlaments an die Europäische Kommission (Bericht mit den Empfehlungen des Europäischen Parlaments an die Kommission zu den Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) (2014/2228(INI)) vom 1.6.2015, Berichtstatter Bernd Lange, MEP, S&D-</p>	<p>BPT</p>

Fraktion, DE) sind zu unterstützen, das betrifft insbesondere

1. die Forderung nach mehr Transparenz, d.h. Veröffentlichung aller politisch relevanten Verhandlungsgrundlagen vor Beratung in den Gremien,
2. im Bereich der nicht-tarifären Handelshemmnisse die Sicherung höchster Verbraucher-, Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsstandards; beispielsweise ist der EU-Standard, dass Babynahrung absolut frei von Pestiziden sein muss, unbedingt zu übernehmen. Hierzu bedarf es keiner weiteren Ausführungen! In der Landwirtschaft sollen künftig für die Anwendung von Pestiziden die niedrigen Grenzwerte der EU gelten. Es muss ausgeschlossen werden, dass die EU in den Verhandlungen mit den USA in den TTIP-Verhandlungen schlechtere Standards vereinbart. Für die Zulassung von Medizinprodukten werden in der EU künftig dieselben Zulassungsbedingungen wie in den USA eingeführt.
3. die Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge wie Energie-, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, ÖPNV, Bildung, Gesundheit und Kultur, die nicht verhandelbar sind. Vertragsklauseln, die eine Rekommunalisierung einmal privatisierter Bereiche verbieten (sog. ratchet- und stand-still-Klauseln) sind auszuschließen.
4. Wir begrüßen es, wenn ein neues Instrument zum Investitionsschutz in EU-Handelsverträgen alle bestehenden Investitionsabkommen der EU und ihrer Mitgliedstaaten ersetzt, und setzen uns für Vereinbarungen für einen fairen Welthandel im Rahmen der Welthandelskonferenz (WTO) ein, unter Berücksichtigung der legitimen Interessen der Entwicklungsländer.
5. die Übernahme der Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO – International Labour Organization),
6. den Verzicht auf außergerichtliche Investor-Staatsklage-Schiedsverfahren sowie die in diesem Zusammenhang vorgesehenen einklagbaren Rechte und

	<p>7. den Verzicht auf die Einrichtung eines Regulatorischen Rates und eines so genannten „Regulatorischen Mechanismus“ vor Verabschiedung von Gesetzen in der EU und den USA.</p> <p>III. Wir halten die Positionsbestimmung der zuständigen Kommissarin Malmström – wie sie sie am 23.2.2015 in Berlin geäußert hat –, dass das CETA-Abkommen ausverhandelt und nicht mehr veränderbar sei, für falsch und insbesondere wegen ihrer Präzedenzwirkung auf TTIP für politisch gefährlich.</p> <p>Wir begrüßen, dass Sigmar Gabriel deutlich Position hinsichtlich der in Rede stehenden Schiedsgerichtsbarkeit bezogen hat, die „Schiedsgerichte der Vergangenheit seien auf heute nicht übertragbar.“ Ziel müsse ein internationaler Investitionsschutz-Gerichtshof sein. Dieses Ziel wird von uns geteilt. Allerdings muss es als langfristiges Ziel verstanden werden: Ob es nach einer Verabschiedung von CETA und TTIP durchsetzbar sein wird, hängt von künftigen multilateralen internationalen Prozessen ab, deren Ergebnisse offen sind. Da die Eigentumsrechte von Investoren aber bereits heute durch das geltende Recht und die nationalen und internationalen Gerichte geschützt werden, fordern wir die Streichung der Investitionsschutz-Schiedsgerichte und der die in diesem Zusammenhang vorgesehenen einklagbaren Rechte. Zum CETA-Abkommen in der vorliegenden, zwischen der EU-Kommission und Kanada ausgehandelten Fassung kann es andernfalls keine Zustimmung geben.</p>	
Private Investor-Staat-Schiedsgerichte verhindern (ISDS) in den geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP	erledigt durch Annahme von Wirt 1	
TTIP/CETA/TISA	erledigt durch Annahme von Wirt 1	

Keine Absenkung von Standards zum Verbraucherschutz im Rahmen der TTIP-Verhandlungen!	erledigt durch Annahme von Wirt 1	
Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit (ISDS) und CETA / TTIP	erledigt durch Annahme von Wirt 1	
Freihandelsabkommen CETA und TTIP	erledigt durch Annahme von Wirt 1	
Anforderungen an die Fortsetzung des TISA-Verhandlungsprozesses	erledigt durch Annahme von Wirt 1	
Anforderungen an die Fortsetzung des TISA-Verhandlungspro	erledigt durch Annahme von Wirt 1	

zesses		
Wer wagt gewinnt	erledigt durch Annahme von Wirt 1	
TTIP/CETA/TISA	erledigt durch Annahme von Wirt 1	
CETA- und TTIP-Investitionsschutz-Schiedsgerichte stoppen – rechtsstaatlich-demokratisch legitimierte Rechtssicherheit stärken !	erledigt durch Annahme von Wirt 1	
Erbschaftssteuer	<p>geänderte Fassung</p> <p>Die SPD setzt sich für eine gerechte Erbschafts- und Schenkungssteuer ein. Dadurch soll erreicht werden, dass das Steueraufkommen aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer insgesamt substantiell erhöht wird. Eine Reform der Erbschaftssteuer muss größere und größte Erbschaften stärker bzw. überhaupt besteuern, zum Beispiel durch folgende Maßnahmen und Regelungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer besteuert den Gesamterwerb einer Person. 2. Besteuert wird der Vermögenszuwachs, unabhängig von der Art des Vermögens. 3. Pro Person wird ein Freibetrag von € 1 Millionen gewährt. 	<p>BPT</p> <p>Bu'Fraktion</p>

	<p>4. Der Steuersatz beginnt bei 15% und steigert sich linear bis 50% ab einem steuerpflichtigen Erwerb über € 20 Millionen.</p> <p>5. Eine gerechte Besteuerung von Betriebsvermögen. Dabei soll entschieden werden, ob diese am Ertragswert (alternativ höherer Substanzwert) oder am Eigenkapital ansetzt.</p> <p>6. a) Grundvermögen wird bei unbebauten Grundstücken mit dem Bodenwert, multipliziert mit den Quadratmetern bewertet. Der Bodenwert wird nach den Ansätzen der Bodenrichtwertstellen unterstellt.</p> <p>b) Bebaute Grundstücke werden nach dem Netto-Mietertrag per anno mit einem Vervielfältiger und unter Berücksichtigung eines Altersabschlages bewertet. Unterwert ist der Wert des unbebauten Grundstücks.</p> <p>c) Selbstgenutzte Grundstücke werden wie fremdvermietet Grundstücke bewertet, als Miete wird die ortsübliche Nettomiete unterstellt.</p> <p>7. Im Falle der Errichtung einer gemeinnützigen Stiftung bleibt das übertragene Stiftungsvermögen steuerfrei, sofern die Erträge zu 100% gemeinnützigen Zwecken dienen. Sofern dieser Zweck nicht erfüllt wird, ist anteilig auf das übertragene Vermögen 50% Steuer zu entrichten.</p> <p>8. Die Erbschaft- und Schenkungssteuer kann auf Antrag auf 10 Jahre gestundet werden. Die Stundung wird zinslos gewährt, die Steuerschuld ist innerhalb dieser 10 Jahren in gleichen Raten zu zahlen, kann aber jederzeit auch abgelöst werden.</p> <p>9. Die Erbschaft- und Schenkungssteuer kann auf Antrag auf 20 Jahre gestundet werden. Die Stundung wird von Beginn an verzinst mit 3% über dem Basiszinssatz bei erstmaliger Beantragung der Stundung. Die Steuerschuld ist innerhalb dieser 20 Jahre zuzüglich der jeweils anteiligen Zinsen in gleichen Raten zu zahlen. Vorzeitige Tilgungen sind jederzeit möglich.</p>	
Erbschaftssteuer	erledigt durch Annahme von Fin 1	
Anrechnung der Altersrente auf die Grund-sicherung im	Ablehnung	

Alter		
Rentenanpassung	erledigt durch Einführung Mindestlohngesetz	
Arbeit der Betreuungsvereine in den Bezirken erhalten	zurückgezogen	
KV / PV Beiträge	<p>Annahme zur Weiterleitung an den BPT und die SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>Gemäß Aktennotiz zum Koalitionsvertrag soll bei zu hohen Zusatzbeiträgen – die allein von Arbeitnehmern getragen werden müssen – ein Ausgleich erfolgen.</p> <p>Bereits heute beträgt das Beitragsverhältnis: 60 % Arbeitnehmer zu 40 % Arbeitgeber. Der Gesetzgeber schrieb den Arbeitgeberanteil zu Lasten der Arbeitnehmer bei 7,3 % fest. Die Beitragserhöhungen u.a. durch die Gesundheitsreform 2016 würden sonst einseitig entgegen der Aktennotiz zu Lasten der Arbeitnehmer gehen. Ein sozialer Unfrieden – mit unkalkulierbaren Folgen – würde hierdurch weiter beschleunigt.</p> <p>1. Als erster Schritt zur Wiederherstellung der Parität sollte in diesem Fall der „Allgemeine Grundbeitrag“ von z.Zt. 14,6 % (7,3 %) paritätisch erhöht werden, wenn z.B. der Zusatzbeitrag über 0,9 % steigt.</p> <p>2. In einem zweiten Schritt ab 2017 soll der Beitrag insgesamt wieder paritätisch getragen werden denn das Verhältnis von Gewinnentwicklung zu Arbeitnehmereinkommen lässt das zu.</p>	<p>BPT</p> <p>Bu-Fraktion</p>
Billstedt statt Blankenese, Harburg statt HafenCity – für eine faire Verteilung der	<p>- <i>beschlossene Fassung</i>-</p> <p>Billstedt statt Blankenese, Harburg statt HafenCity – für eine faire Verteilung der Jugendhilfemittel</p> <p>Der Landesparteitag fordert den Senat und die SPD - Bürgerschaftsfraktion auf, zu prüfen, wie sich eine Mittelverteilung entsprechend sozialen Indizes auf die Jugendhilfemittel in den Bezirken auswirken würde. Dazu soll insbesondere</p>	<p>Senat</p> <p>Bü-Fraktion</p>

Jugendhilfemittel	tabellarisch ausgewiesen werden, welcher Bezirk und Stadtteile bei einer Verteilung der Mittel nach sozialen Faktoren anstatt des Jugendeinwohnerwertes wie viele Gelder bekommen würde.	
Unterhalt während des FSJ, FÖJ und BFD	Annahme Der Landesparteitag fordert den SPD-Bundesparteitag auf, sich für den Fortbestand des Unterhaltsanspruchs während eines Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ), eines Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) oder eines Bundesfreiwilligendienstes (BFD) einzusetzen.	BPT
Verlängerung des Unterhaltsvorschlusses	Annahme Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen: 1. Der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1 Unterhaltsvorschussgesetzes soll auf die volle gesetzliche Unterhaltspflicht bis zum 18. Lebensjahr ausgeweitet werden. 2. Zudem soll § 3 Unterhaltsvorschussgesetz, der eine Befristung des Unterhalts-vorschusses auf 72 Monate vorsieht, ersatzlos gestrichen werden. Dadurch wird eine Unterhaltsvorschussleistung für die gesamte Zeit von Geburt bis Volljährigkeit bei nachgewiesenem Bedarf ermöglicht.	BPT
Schule Grellkamp	erledigt	
Bezirkspolitik in den Schulunterricht	- beschlossene Fassung - Neben der Arbeit des Bundestags und der Bürgerschaft sollte auch die Arbeit der Bezirksversammlungen verpflichtender Teil des Schulunterrichtes werden. Insbesondere im Vorfeld von Wahlen sollten spezielle Unterrichtseinheiten zur Vorbereitung der Erstwählerinnen und Erstwähler auf die Wahlen stattfinden.	Senat Bü-Fraktion
Gerechtes Studierenden-	Annahme	BPT

<p>und Auszubildendenleben in Deutschland – Zwickau ist nicht Hamburg, Freiberg ist nicht München!</p>	<p>Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen: Es ist zu prüfen, ob die BAföG-Sätze mit der geplanten BAföG-Reform im Herbst 2016 an die Wohnorte gemäß der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten der Studierenden in der jeweiligen Stadt anzupassen sind. Die Anpassung soll auch bei der Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) geprüft werden.</p>	
<p>Kosten für Meister&Co senken. Ausbildungsberufe attraktiver machen</p>	<p>zurückgezogen</p>	
<p>Sichere E-Mail-Kommunikation für alle!</p>	<p>Annahme Der Landesparteitag möge beschließen und an die Bürgerschafts- und Bundestagsfraktion weiterleiten: Wir fordern, dass die SPD sich dafür einsetzt, dass die E-Mail-Kommunikation für alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland vom Sender zum Empfänger sicher wird. Dazu gehört insbesondere die Kommunikation mit der Verwaltung. Dafür sollen sich Bürgerschafts- und Bundestagsfraktion einsetzen.</p>	<p>Bü-Fraktion Bu'Fraktion</p>
<p>„BünaBe“-Programm ausweiten – weitere Aufklärung über Straftaten und</p>	<p>- beschlossene Fassung - Der Landesparteitag fordert Senat und SPD-Bürgerschaftsfraktion auf zu prüfen, inwieweit im Rahmen des Einsatzes des besonderen Fußstreifendienstes als „Cop 4 you“ eine die Grundschule und Sekundarstufe übergreifende Anlaufstelle durch Bezugspersonen in der Hamburger Polizei gewährleistet werden kann.</p>	<p>Senat Bü-Fraktion</p>

ihre Folgen		
Regulierung von Cannabis mit Augenmaß	erledigt durch Senatshandeln	
Altona braucht einen seiner Stadtgeschichte entsprechenden, angemessenen neuen Fernbahnhof in Diebsteich. Einen „Hunde­hütten – Komplex“ hat es nun wirklich nicht verdient.	<p>- beschlossene Fassung -</p> <p>Der Landesparteitag fordert Senat und SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, sich für die nachfolgenden Punkte einzusetzen:</p> <p>Die Architektur des neuen Altonaer Bahnhofs in Diebsteich muss sich in Qualität, Ästhetik und Funktion an Bahnhofsreferenzen orientieren, die den Namen Bahnhof verdienen. Für den Bahnhof Diebsteich ist deshalb ein die Gleisanlagen insgesamt überspannendes festes Gebäude mit hoher Aufenthaltsqualität zu fordern.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Diese zu fordernde Qualität darf nur das Ergebnis eines internationalen Architekturwettbewerbes sein, an dessen Bewertung neben den zuständigen Behörden auch die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden. 2. Es soll geprüft werden, ob der neue Bahnhof auch die Funktion einer integrierten Station für Fern-, Regional- und Nahverkehr erhält, der möglicherweise vorausschauend die geplante U5 zu den Arenen sowie nach Osdorf und Lurup mit einbindet. 	<p>Senat</p> <p>Bü'Fraktion</p>
Neue S-Bahnlinien für Harburg	<p>Annahme</p> <p>Die Harburger und Hamburger SPD setzen sich dafür ein, dass im Rahmen der Untersuchungen für mittel- und langfristige Erweiterungen des Hamburger Schnellbahnnetzes auch folgende Überlegungen betrachtet werden:</p> <p>Eine neue Verbindungskurve zwischen Hammerbrook und Berliner Tor mit dem Ziel eine neue S-Bahnlinie zwischen Harburg, Barmbek und dem Airport Hamburg einzurichten.</p> <p>Die Verlängerung der S-Bahnlinie S31 (ggf. geplante S32, Elbgaustraße – Hauptbahnhof – Harburg Rathaus) von Harburg Rathaus in Richtung Wilstorf mit dem Ziel die starke Fahrgastnachfrage von den Bussen auf dem nördlichen Teil der Winsener Straße auf die S-Bahn zu verlagern.</p>	Bü'Fraktion

	Alternativ können dazu Überlegungen angestellt werden, wie sonst eine weiter steigende Nachfrage zwischen Wilstorf und dem Bf. Harburg bewältigt werden kann.	
Neue S-Bahnzüge für Harburg	erledigt	
Hamburg auf dem Weg zur Fahrradstadt	<p><i>-beschlossene Fassung-</i></p> <p>Hamburg auf dem Weg zur Fahrradstadt</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - in Anwohnerstraßen der Hamburger Quartiere ist konsequent Tempo 30 vorzusehen, um ein harmonischeres Miteinander von Autofahrern, Radfahrern und Fußgängern zu ermöglichen. - Auf Hauptverkehrsstraßen, die auch von Radfahrern genutzt werden müssen, sind nach Möglichkeit zumindest Fahrradschutzstreifen anzulegen. - Das Veloroutennetz in Hamburg ist bis Ende der Legislatur weiter auszubauen. - Die Bürgerschaftsfraktion und die Bezirksfraktionen werden dazu aufgefordert zu veranlassen, dass die Bezirksverwaltungen ihre Vorstellungen für den Ausbau Hamburgs auf dem Weg zur Fahrradstadt vorlegen (entsprechend der Ankündigung des Senats vom 23.6.2015). 	<p>Bü'Fraktion</p> <p>Senat</p> <p>Bezirksfraktionen</p>
Angemessene Wohnraumkosten bei staatlichen Transferleistungen	zurückgezogen	

n		
Verbesserung der Situation bei den Unterkunftskosten für ALG-II-Bezieher	zurückgezogen	
Wohnungsbau gestalten - die Identität innerstädtischer Quartiere wahren	<p>- beschlossene Fassung -</p> <p>Der Senat wird aufgefordert</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Neubau von Sozialwohnungen auszuweiten und insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass die festgeschriebene Zielsetzung von mindestens 30 Prozent geförderter Wohnungen bei Neubauten auch tatsächlich erreicht wird; 2. eine Erhöhung der regelhaften Dauer von Mietpreis- und Belegungsbindungen im geförderten Wohnungsneubau von jetzt 15 auf 30 Jahre zu prüfen; 3. Maßnahmen zu prüfen und anzuwenden, die zu einer besseren Ausnutzung des Förderprogramms zum Ankauf von Belegungsbindungen für Wohnungen im Bestand führen; 4. den Bau von Wohnungen auch im zweiten Förderweg durch geeignete Maßnahmen deutlich zu erhöhen; 5. Diese Ziele sollen im Wohnungsbauprogramm des Senats festgeschrieben werden. 	Senat
"Wind und Photovoltaik flankieren durch flexiblere Erzeugung und flexibleren Verbrauch"	<p>- geänderte Fassung -</p> <p>An den Bundesparteitag und parallel an den Bundesvorstand</p> <p>Bei der Diskussion über die ordnungsrechtliche Weiterentwicklung des deutschen und europäischen Stromversorgungssystems setzt sich der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg im Bundesrat sowie die SPD in der SPD-Bundestagsfraktion und beim Bundeswirtschaftsministerium dafür ein, dass alle Möglichkeiten der Flexibilisierung</p>	<p>BPT</p> <p>Parteivorstand</p>

	<p>aller Teilnehmer im Stromversorgungssystem aktiviert und genutzt werden und ggf. bestehende Hemmnisse und Fehlanreize beseitigt werden.</p> <p>Bei der Ausgestaltung sollten dezentrale Flexibilisierungen neuen zentralen Einheiten vorgezogen werden, damit der Trend zur Akteursvielfalt weiter unterstützt und die regionale Wertschöpfung weiter gestärkt wird.</p> <p>Sollten zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit zusätzliche Maßnahmen erforderlich werden, sind grundsätzlich eher kurzfristig bindende Maßnahmen (wie z.B. die „Kapazitätsreserve“) als langfristig bindende Maßnahmen (wie z.B. „Kapazitätsmechanismen“) zu treffen, um die technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung zu fördern.</p>	
Kunststoffverbot	<p>- geänderte Fassung -</p> <p>1. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Senat mögen darauf hinwirken, dass entsprechend der EU-Richtlinie eine deutliche Reduzierung der Einwegkunststofftüten im Einzelhandel erreicht wird.</p> <p>2. Der SPD-Bundesparteitag soll darauf hinwirken, dass die Kennzeichnungspflicht von Produkten hinsichtlich des Inhaltes von Mikroplastik in Produkten auf lange Sicht vermindert wird.</p>	<p>Senat</p> <p>Bü'Fraktion</p> <p>BPT</p>
Washingtoner Artenschutzübereinkommen prüfen	<p><i>-beschlossene Fassung-</i></p> <p>Washingtoner Artenschutzübereinkommen prüfen</p> <p>Zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD.</p> <p>Die SPD möge sich dafür einsetzen, die Schutzfunktion für Knorpelfische durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen zu prüfen und den Schutz der Fische in ökologisch-wirtschaftlicher Hinsicht, insbesondere eine den Umweltmedien gerechte Fischerei, zu stärken.</p>	<p>BPT</p>

Schutz der heimischen	<p>- beschlossene Fassung -</p> <p>Schutz der heimischen Bienen</p> <p>Der Landesparteitag fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, gemeinsam mit den Interessenvertretungen des Hamburgischen Imkerwesens geeignete Maßnahmen zur Förderung der bienenwirtschaftlichen Kultur zu prüfen.</p>	Bü'Fraktion
Pfandregale befestigen - Sorgen ernst nehmen	<p><i>-beschlossene Fassung-</i></p> <p>Pfandregale befestigen - Sorgen ernst nehmen</p> <p>Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich bei der Stadtreinigung Hamburg dafür einzusetzen, dass:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. bei den bereits neu aufgestellten Mülltonnen weitere Pfandregale angebracht werden. 2. dafür Sorge getragen wird, dass möglichst viele neue Mülltonnen im Innenstadtbereich mit Pfandregalen aufgestellt werden. 	Bü-Fraktion
Automatisierte externe Defibrillatoren (AED). Drei Buchstaben, die Leben retten	<p>In Deutschland sterben ca. 65.000 Menschen im Jahr an plötzlichem Herztod, ca. 35% davon sind jünger als 65 Jahre alt.</p> <p>Beim plötzlichen Herztod handelt sich meistens um Kammerflimmern. Eine Wiederbelebung ist in diesem Fall fast ausschließlich durch den Einsatz von Defibrillatoren möglich. Allerdings kommt es auf die Minute an, denn bereits nach 4 Minuten ohne Wiederbelebung kommt es zu erheblichen Einbußen in der Hirnleistung.</p> <p>Die automatisierten externen Defibrillatoren sind ein großer Entwicklungsschritt zur Verkürzung der Zeit bis zum Antreffen des Rettungsdienstes. Bei deren frühzeitigem Einsatz erhöhen sich die Überlebenschancen von initial 2 auf 50%. Das ist enorm. Die Handhabung eines AEDs ist problemlos von Laien möglich.</p> <p>Das ist auch der Grund, warum diese Geräte derzeit an vielen öffentlichen Plätzen zur Verfügung stehen und entsprechend gekennzeichnet sind. Es besteht jedoch ein großer Informationsbedarf der Bevölkerung, denn es muss sichergestellt werden, dass möglichst jeder im Ernstfall ein AED benutzen kann und darf. Die Benutzung dieser Geräte ist selbsterklärend;</p>	<p>Senat</p> <p>Bü'Fraktion</p>

	<p>es sind keine medizinischen Vorkenntnisse notwendig.</p> <p>Die breite Öffentlichkeit muss über diesen Umstand und die Standorte der Geräte informiert werden.</p> <p>Wie wichtig dieses Thema ist, zeigt ein Beschluss des Schulausschusses der Kultusministerkonferenz aus diesem Jahr. Danach soll in den Schulen ab der 7. Klasse ein Reanimationskurs als Pflichtkurs in den Lehrplan integriert werden. Dies ist bereits ein wichtiger Ansatz, um die Menschen an die Thematik heranzuführen</p> <p>Die Hamburger SPD sollte daher eine öffentliche Aufklärungskampagne zum Gebrauch von AEDs auch in das Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl 2015 einbringen.</p> <p>Vor diesem Hintergrund beantragen wir :</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Reanimationskurse, einschließlich dem Umgang mit den AEDs, sollten in den Schulen als Pflichtkurs ab der 7 Klasse angeboten werden. 2. Der Senat möge prüfen, ob und in welcher Form Informationen über Reanimation – insbesondere durch Automatisierte externe Defibrillatoren (AED) in der gesamten Bevölkerung verbreitet werden können und dies umzusetzen. Denkbar sind hier Veröffentlichungen in Medien, Informationsveranstaltungen, Kursen in Betrieben oder z.B. durch kurze Filme, die auch in öffentlichen Verkehrsmitteln ausgestrahlt werden können. 	
Pflege als großes Geschäft?	zurückgezogen	
Verbot von Verkauf von Energydrinks und Energyshots an Kinder und Jugendliche	<p>- geänderte Fassung –</p> <p>Die Abgabe und der Verzehr von Energydrinks und Energyshots an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren wird untersagt. Ebenso soll der Verkauf von Mixgetränken aus Alkohol und Energydrinks in Gaststätten, Diskotheken und anderen öffentlichen Einrichtungen an Minderjährige untersagt werden.</p> <p>Das Jugendschutzgesetz ist entsprechend zu ändern.</p>	<p>BPT</p> <p>Bu'Fraktion</p>

<p>Nationale Aufklärungskampagne über Suizid und psychische Krankheiten - Gesellschaftliche Tabus brechen</p>	<p>- geänderte Fassung - Der Landesparteitag fordert eine bundesweite Aufklärungskampagne über Suizid und psychische Krankheiten, die über Fakten, Warnsignale und Hilfsangebote informiert und ein öffentliches Bewusstsein für diese Themen schafft.</p>	<p>BPT Bu'Fraktion</p>
<p>Einführung eines SMS-Notrufs - Hilfe für jeden und überall gewährleisten!</p>	<p>Ablehnung (tlw. erl.)</p>	
<p>Toleranz spielend erlernen!</p>	<p>- geänderte Fassung - Die Bürgerschaftsfraktion wird gebeten zu prüfen, wie jede Kindertagesstätte Zugang zu einem so genannten KITA-Koffer „Familien- und Lebensvielfalt“ erhält, mit dem der kindgerechte Einstieg in Themen wie vielfältige Familienformen, Regenbogenfamilien, Geschlechterrollen und Akzeptanz von „Anderssein“ ermöglicht wird.</p>	<p>Bü'Fraktion</p>
<p>Kulturpolitik für die Menschen der Stadt</p>	<p>Annahme Der Landesparteitag erinnert die neu gewählte Bürgerschaftsfraktion und den Senat an den vom Landesparteitag am 21. Juni 2014 einstimmig beschlossenen Appell, alles kulturelle Engagement der Stadt auch daran zu prüfen, ob es Kultur in ihrer Vielfalt möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern erschließt und Schranken aus fehlender Bildung oder begrenzten materiellen Mitteln zu überwinden sucht.</p>	<p>Senat Bü'Fraktion</p>
<p>Wahlrecht ab 16 - Erfolgsgeschichte weiterschreiben</p>	<p>- geänderte Fassung - Der Landesparteitag fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion dazu auf,</p>	<p>Bü'Fraktion</p>

	<p>1. sich für eine Fortführung der erfolgreichen Schultour in Zusammenarbeit mit den politischen Jugendorganisationen bei der nächsten Bürgerschaftswahl sowie im Europa-, Bezirks- und Bundestagswahlkampf und insbesondere bei Referenden einzusetzen.</p> <p>2. gemeinsam mit dem Senat im Vorwege von Wahlen und Referenden eine verbindliche Gestaltung des Politikunterrichts an Stadtteilschulen, Gymnasien und Berufsschulen zu prüfen und sich für die Erstellung spezieller Unterrichtsmaterialien, zum Beispiel durch die Landeszentrale für politische Bildung, einzusetzen.</p> <p>3. sich, unter Berücksichtigung empirischer und wissenschaftlicher Untersuchungen für eine Herabsenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre auf der Bundesebene einzusetzen.</p>	
<p>Paralympische und Olympische Spiele: „Deutschland gewinnt, Hamburg gewinnt – stimmen Sie beim Referendum mit Ja!“</p>	<p>Angenommen</p> <p>Am 21. März 2015 hat der Deutsche Olympische Sportbund in der Frankfurter Paulskirche einstimmig beschlossen, sich mit der Freien und Hansestadt Hamburg um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 zu bewerben. Die Paralympischen und Olympischen Spiele sind das größte Sportfest der Welt. Fänden sie in Hamburg statt, hätte Hamburg die einmalige Chance, sich der Welt als weltoffen, tolerant und fortschrittlich zu präsentieren. Die Spiele sollen und können ein Fest (der Freude) sein, das von Hamburg und Deutschland aus ein Signal des Friedens und der Völkerverständigung in die Welt sendet.</p> <p>Die SPD Hamburg begreift die Paralympischen und Olympischen Spiele als Chance für unsere Stadt. Das Bewerbungskonzept fußt auf der Idee, dass Spiele in Hamburg zum Vorbild werden – insbesondere für Nachhaltigkeit, Transparenz und Teilhabe.</p> <p>Folgende Punkte sollen bei der Entwicklung eines Konzeptes berücksichtigt werden. Die SPD Hamburg möchte,</p> <ul style="list-style-type: none"> dass durch die Spiele mehr Arbeitsplätze mit rechtem Tariflohn und gesetzlich geregelter Mindestlohn in Hamburg entstehen. Mit den Gewerkschaften wollen wir erreichen, dass die Spiele damit auch zu einer „Olympiade der guten Arbeit“ werden und Maßstäbe setzen. Die Spiele sollen zudem wie ein Konjunkturprogramm wirken und gerade auch die lokale mittelständische Wirtschaft stärken. Auf dem Weg dahin wollen wir auch die Hafenvirtschaft mitnehmen: Durch die Verlagerung der Hafenbetriebe vom Kleinen Grasbrook an andere Stellen 	<p>Bü'Fraktion</p>

	<p>sollen keine Arbeitsplätze wegfallen.</p> <ul style="list-style-type: none">• in Hamburg weiter mehr und günstigen Wohnraum schaffen. Dabei soll die bewährte Form des zu mindestens einem Drittel sozialen Wohnungsbaus beibehalten werden und Gentrifizierungstendenzen entgegengewirkt werden. Wir werden deshalb die Mietentwicklung im Umfeld des olympischen Dorfes beobachten und ggf. mit sozialen Erhaltensverordnungen gegensteuern, sollten sich dort Verdrängungseffekte ergeben.• eine solide Finanzierung der Spiele in Hamburg unter Einhaltung der Schuldenbremse. Der Finanzreport wird noch im Herbst klare Antworten auf berechnete Fragen formulieren. Dabei ist klar: Die Olympiabewerbung ist eine nationale Aufgabe, es muss und wird eine erhebliche Beteiligung des Bundes, aber auch des IOC an der Deckung der Kosten geben.• die Spiele in Hamburg als Chance zur Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben verstehen. Über die Barrierefreiheit des öffentlichen Raums in der gesamten Stadt hinaus kann die Chance eines komplett inklusiv neu zu gestaltenden Stadtteils auf dem Kleinen Grasbrook ergriffen werden. Gerade den Olympiakritikern sei gesagt: Nur mit paralympischen Spielen wird es in weniger als einer Dekade gelingen, einen Quantensprung für die Barrierefreiheit unserer Stadt zu erreichen.• dass die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs und die Erhöhung des Anteils des autofreien Verkehrs Eckpfeiler der Paralympischen und Olympischen Spiele in Hamburg werden. Dabei wird es zu einer Beschleunigung von für Hamburg und die Metropolregion immens wichtigen Infrastrukturprojekten kommen. Verkehrs- und stadtentwicklungspolitisch lässt sich feststellen: Nur mit Olympia wird es gelingen, den von allen gewünschten Sprung über die Elbe wirklich zu vollenden.• dass das Hamburger Transparenzgesetz durchgängig auf alle Prozesse des Bewerbungsverfahrens angewandt wird. Dabei setzen wir auf die Fortsetzung der sichtbaren Erneuerungsprozesse innerhalb des IOC und wünschen uns eine weiterhin enge Zusammenarbeit u. a. mit Transparency International. In Hamburg soll und wird die Bürgerbeteiligung ein Kernmerkmal der Planung und Ausrichtung der Spiele sein – das haben die erfolgreichen Stadtwerkstätten bereits unter Beweis gestellt. Und auch das verbindliche, vor diesem Hintergrund in der Verfassung verankerte Referendum setzt Maßstäbe: In kaum einer anderen Bewerberstadt haben die Bürgerinnen	
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

	<p>und Bürger verbindlich das letzte Wort über die Olympia-Bewerbung, werden Pro und Contra so transparent in den Entscheidungsprozess mit einbezogen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • dass den Spielen ein nachhaltiges Energie- und Entsorgungskonzept zu Grunde liegt und eine Kreislaufwirtschaft („cradle to cradle“) nachhaltig umgesetzt wird. Sensible Landschaftsräume sollen von den Spielen unberührt bleiben. Das in Arbeit befindliche Nachhaltigkeitskonzept wird auch hier Maßstäbe für die Einhaltung von Ökostandards setzen. • insbesondere die Rahmenbedingungen für Sport und Bewegung in Hamburg verbessern. Dabei profitiert der Sport in Hamburg durch die energetische und barrierefreie Modernisierung, sowie durch den Neubau einzelner Sportstätten (z.B. das Sport- und Erlebnisbad). <p>Es ist eine Ehre für Hamburg, dass Deutschland und der deutsche Sport Hamburg gebeten haben, sich zu bewerben. Viele Hoffnungen für olympische und paralympische Spiele ohne den Gigantismus der Vergangenheit ruhen auf dieser einzigartigen, kompakten, nachhaltigen und transparenten Bewerbung. Wir werden alle Fragen beantworten, Sorgen entkräften und Kritik aufnehmen. Aber wir sagen auch selbstbewusst: Kompakte Spiele, nachhaltige Planung und transparente Verfahren können und werden auch Beispiel gebend für Spiele im Sinne der Olympischen Idee sein – genau so ist unsere Bewerbung angelegt. Unser Bürgermeister hat es gesagt: „Die traditionsreiche Stadtrepublik Hamburg, deren Geschicke seit Jahrhunderten von ihren Bürgerinnen und Bürgern bestimmt werden, steht für solche Spiele.“ Deshalb rufen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten alle Hamburgerinnen und Hamburger auf:</p> <p>„Nehmen Sie teil am Olympia-Referendum, nutzen Sie die unbürokratische Briefabstimmungsmöglichkeit, stimmen Sie beim Referendum mit „Ja“, weil Deutschland und Hamburg nur gewinnen können!“</p>	
Für ein junges Olympia - mit hoher Wahlbeteiligung der jungen Generation	erledigt durch Senats- und Bürgerschaftshandeln	

<p>Die SPD in der Bundesregierung: Unsere Ziele bis 2017 und darüber hinaus</p>	<p>Überweisung an den Landesvorstand mit der Maßgabe, dass dieser im Jahre 2016 geeignete Foren zur Perspektivdiskussion der SPD und zur Vorbereitung des Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2017 unter Berücksichtigung dieses Antrages anbieten wird.</p> <p>Die SPD in der Bundesregierung: Unsere Ziele bis 2017 und darüber hinaus</p> <p>Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns im Dezember 2013 mit großer Mehrheit für die Beteiligung an der Bundesregierung in Koalition mit der CDU/CSU entschieden. Jetzt, zur Halbzeit der Legislaturperiode, ist es Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen, unseren Kurs für die verbleibenden zwei Jahre abzustecken und die Bundestagswahl 2017 in den Blick zu nehmen: Was konnten wir bisher erreichen? Was steht bis 2017 noch aus? Und mit welchen Zielen und Ideen wollen wir in die nächste Bundestagswahl gehen, um für eine SPD-geführte Bundesregierung diesseits der Union zu kämpfen?</p> <p>Zur Wahl 2013 waren wir mit einem genauso ehrgeizigen wie fundierten Programm angetreten. Einem Programm für mehr Fairness, Ordnung und Gerechtigkeit in der Arbeitswelt, mehr Chancengleichheit und sozialen Aufstiegschancen, mehr solidarischer Gemeinwohlorientierung statt Ellenbogengesellschaft, und mehr gesellschaftlicher Modernisierung und Gleichheit zugunsten aller Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.</p> <p>Aus der Wahl sind wir nur als Zweiter hervorgegangen. In einem bis dahin beispiellosen Prozess innerparteilicher Demokratie haben wir uns daraufhin mit sehr hoher Beteiligung und sehr hoher Zustimmung für eine Koalition mit CDU und CSU entschieden. Den Ausschlag dafür hat das hohe Maß gegeben, indem unsere Verhandlungsführerinnen und –führer unsere sozial- und gesellschaftspolitischen Kernforderungen gegenüber den Unionsparteien durchsetzen konnten: Mindestlohn, Lebensleistungsrente, Mietpreisbremse, doppelte Staatsbürgerschaft, Energiewende und anderes mehr. Nicht durchsetzen konnten wir uns hingegen mit unseren Forderungen nach einer gerechteren und das Gemeinwesen stärkenden Steuerpolitik, und bei der Korrektur der zu einseitig an Lohnkonkurrenz und Haushaltsdisziplin ausgerichteten Finanz- und Wirtschaftspolitik, vor allem auf europäischer Ebene.</p> <p>Seit der Regierungsbildung im Dezember 2013 konnten wir bereits einige bedeutende Ziele aus dem Koalitionsvertrag</p>	<p>Landes- vorstand</p>
---------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------

umsetzen: Den Mindestlohn, die Rente mit 63, die Mietpreisbremse, die doppelte Staatsbürgerschaft, die Frauenquote in Aufsichtsräten, die stärkeren Hilfen für Familien und Alleinerziehende und anderes mehr.

Vor allem beim Mindestlohn und bei der Rente sind unsere Reformen auf einen bemerkenswert massiven Widerstand aus CSU, rechtem CDU-Flügel und Arbeitgeberlobby gestoßen, flankiert von einer ebenso intensiven medialen Stimmungsmache. Dieser Widerstand war sachlich nicht begründet. Er war aber dennoch nicht verwunderlich, weil vor allem mit diesen beiden Projekten erstmals nach vielen Jahren wieder Maßnahmen durchgesetzt wurden, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und nicht bloß den Arbeitgebern zu Gute kommen. Nach über 20 Jahren neoliberaler Vorherrschaft in Deutschland bedeuten diese beiden Reformprojekte daher nichts weniger als einen Paradigmenwechsel hin zu einer gleichermaßen sozial gerechteren und volkswirtschaftlich vernünftigeren Politik. Und das ist der Grund, warum sie von jenen, die diesen Paradigmenwechsel nicht wollen, so massiv bekämpft werden.

Aus dieser Erfahrung gehen wir jedoch gestärkt hervor. Denn sie ruft uns in Erinnerung, dass es in der Politik nicht nur um Ideen und Konzepte geht, sondern oft auch um handfeste Interessen. Sie lehrt uns, dass wir neben den richtigen Argumenten auch die nötige Standhaftigkeit und Beharrlichkeit aufbringen müssen, um unsere Politik gegen mächtige und finanziell starke Interessengruppen durchzusetzen. Und sie zeigt uns, dass wir erfolgreich sind, wenn wir uns nicht beirren lassen. Dies gilt auch für die verbleibenden zwei Jahre, in denen gegen unsere noch anstehenden Reformen etwa bei der Leiharbeit oder der Solidarrente ein ähnlich massiver Widerstand zu erwarten ist. Wir werden unsere berechtigten Forderungen mit Beharrlichkeit durchsetzen und für unsere erreichten Erfolge in der Öffentlichkeit werben.

Nun gilt es also, unsere noch ausstehenden Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag anzugehen und zugleich bereits die Bundestagswahl 2017 in den Blick zu nehmen. Der Parteivorstand hat diese Diskussion mit seinem Strategiepapier „Starke Ideen für Deutschland 2025“ eröffnet. Im Folgenden benennen wir einige ausgewählte Punkte, die aus unserer Sicht bis 2017 und darüber hinaus von zentraler Bedeutung sind.

Arbeit

Bis 2017 wollen wir mindestens noch erreichen:

Eine erste Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes im Jahr 2017

<p>Die Überprüfung und gegebenenfalls Abschaffung der sechsmonatigen Ausnahmefrist für Langzeitarbeitslose beim gesetzlichen Mindestlohn</p> <p>Ausreichende Mittel (v.a. Personal) zur wirksamen Kontrolle und Durchsetzung des Mindestlohns bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit</p> <p>Die gesetzliche Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen mit dem Ziel, deren Missbrauch einzudämmen, sie zeitlich zu begrenzen und „Equal Pay“ durchzusetzen</p> <p>Die Verankerung von Tariftreue und ILO-Kernarbeitsnormen als Vergabekriterien im Bundesvergabegesetz</p> <p>Die Etablierung wirksamer Maßnahmen gegen psychische Überlastungen in der Arbeit, wenn nötig im Rahmen einer eigenen Verordnung</p> <p>Den Ausbau sozialversicherungspflichtiger, qualifizierender und tariflicher Arbeitsangebote für Langzeitarbeitslose und deren Finanzierung durch „Passiv-Aktiv-Transfer“</p> <p>Eine bessere und unbürokratischere Förderung von Langzeitarbeitslosen in den Jobcentern inkl. einer Entschärfung unangemessener oder unzweckmäßiger Sanktionen</p> <p>Flächendeckende Einführung von Jugendberufsagenturen nach Hamburger Vorbild</p> <p><i>Ab 2017 nehmen wir uns unter anderem vor:</i></p> <p>Die Durchsetzung der Entgeltgleichheit für Frauen und Männer mittels eines Entgeltgleichheitsgesetzes</p> <p>Eine stärkere Förderung qualifizierter und zukunftsfähiger Beschäftigung durch eine aktive Wirtschafts- und Investitionspolitik</p> <p>Die Abschaffung sachgrundloser Befristungen von Arbeitsverhältnissen</p> <p>Die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung u.a. durch einen Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger</p>	
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

<p>Unternehmensentscheidungen</p> <p>Die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung, mit der vor allem Weiterbildung und berufliche Neuorientierung gefördert werden</p> <p>Die höhere Wertschätzung sozialer Berufsfelder mittels besserer Entlohnung</p> <p>Die bessere soziale Absicherung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen („Mini-Jobs“) und die Einschränkung ihres Missbrauchs; perspektivisch die Ersetzung der „Mini-Jobs“ durch vollständig sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse</p> <p>Die Verbesserung des Schutzes und der sozialen Absicherung von Selbständigen</p> <p>Die Erleichterung von (Klein-)Krediten für Start-Up-Unternehmen</p> <p>Die gleichermaßen chancen- wie risikobewusste Weiterentwicklung von Arbeitskultur, Arbeitsverständnis und Arbeitsrecht angesichts der zunehmenden Digitalisierung</p> <p>Sozialpolitik</p> <p><i>Bis 2017 wollen wir mindestens noch erreichen:</i></p> <p>Die Einführung der Solidarrente, d.h. einer Mindestrente deutlich über dem derzeitigen Grundsicherungsniveau, für Rentnerinnen und Rentner, die aufgrund von niedrigen und unsteten Einkommen nur sehr geringe Rentenansprüche aufbauen konnten</p> <p>Die Einführung eines Bundesteilhabegesetzes, das unter dem Leitmotiv der Inklusion zahlreiche Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen enthalten wird</p> <p>Die weitere finanzielle Entlastung der Länder und Kommunen durch den Bund im Bereich von Sozialleistungen und der Versorgung von Flüchtlingen</p>	
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Ab 2017 nehmen wir uns unter anderem vor:

Die bundesweite Einführung einer kostenlosen Grundbetreuung in den Kitas bei hoher Qualität der Betreuung

Die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung und ihrer Finanzierungsbasis durch die Weiterentwicklung zur Erwerbstätigenversicherung

Die Schaffung von Möglichkeiten eines zeitlich flexibleren Renteneintritts, orientiert vor allem an den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die weitere Entbürokratisierung von „Hartz IV“ und Sozialhilfe bzw. ihre Weiterentwicklung zu einer modernen sozialen Grundsicherung

Die weitere Einbeziehung von Selbständigen in die sozialen Sicherungssysteme

Den weiteren Abbau noch bestehender Diskriminierungen, u.a. von gleichgeschlechtlichen Paaren inkl. der „Ehe für alle“

Gesundheit und Pflege

Bis 2017 wollen wir mindestens noch erreichen:

Einführung einer generalisierten Pflegeausbildung

Verbesserung der Pflege durch Pflegereformgesetz

Verbesserung der Qualität der Pflege durch Personalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeheimen

Verbesserung der Versorgung mit Fachärzten

Verbesserung der medizinischen Behandlungsqualität

Ab 2017 nehmen wir uns unter anderem vor:

Stärkung der gesetzlichen Krankenversicherung und ihrer Finanzierungsbasis durch Weiterentwicklung zur

Bürgerversicherung

Flüchtlinge und Migration

Bis 2017 wollen wir mindestens noch erreichen:

Einführung eines stichtagsunabhängigen Bleiberechts für gut integrierte Flüchtlinge

Erleichterung des Bleiberechts für Jugendliche

Heraufsetzung des Alters der „Handlungsfähigkeit“ auf 18 Jahre

Beschleunigung der Asylverfahren

Vereinfachung des Arbeitsmarktzugangs von Flüchtlingen

Effektive Seenotrettung von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer bzw. Entwicklung alternativer Ankunftswege; Ausweitung legaler Einwanderungsmöglichkeiten

Gerechtere Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Europas

Gerechtere Verteilung der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge innerhalb Deutschlands

Ausweitung der finanziellen Beteiligung des Bundes bei der Flüchtlingsaufnahme

Ab 2017 nehmen wir uns unter anderem vor:

Einführung eines Einwanderungsgesetzes zur geregelten Ausweitung der legalen Einwanderung

Ausbau der Willkommenskultur

Vereinheitlichung der verschiedenen Hilfen und Sozialleistungen für Flüchtlinge

Verstärkte Bekämpfung von Fluchtursachen

Verstärkte Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in Deutschland und Europa

Entwicklung neuer humaner Wege im Umgang mit Roma und Sinti in Europa

Innen- und Rechtspolitik

Bis 2017 wollen wir mindestens noch erreichen:

Vollständige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Menschen und Paare

Reform des § 177 Strafgesetzbuch (sexuelle Nötigung, Vergewaltigung) dahingehend, dass bereits das Hinwegsetzen über eine klare verbale Ablehnung sexueller Handlungen strafbar wird (ein „Nein“ muss reichen, körperliche Abwehr muss nicht erforderlich sein)

Stärkung des Datenschutzes, vor allem digitaler Daten, gegenüber Privatunternehmen und Geheimdiensten

(Strafrechtliche) Bekämpfung von Cybermobbing

Reform des Bundesnachrichtendienstes

Verstärkte Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit; Verbot der NPD

Weitere Aufarbeitung des NSU-Skandals; eventuell weitere Reform des Verfassungsschutzes

Einrichtung eines Antikorruptionsregisters auf Bundesebene

Bekämpfung der Korruption im Gesundheitswesen

Transparenz in Bezug auf Lobbyismus und (Neben-)Einkünfte von Abgeordneten

Reform des Mord-Straftatbestandes

Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Wahlbeteiligung

Ab 2017 nehmen wir uns unter anderem vor:

Schaffung eines Transparenzgesetzes auf Bundesebene

Schaffung eines Regulierungsrahmens in Bezug auf die fortschreitende Digitalisierung, der Informations- und Kommunikationsfreiheit, Persönlichkeitsschutz und Sicherheit gewährleistet

Wirtschaft und Umwelt

Bis 2017 wollen wir mindestens noch erreichen:

Energiewende vorantreiben, Einsparziele erreichen

Steigerung der Investitionen in Forschung und Entwicklung

Öffentliche Investitionen steigern (ohne Ausweitung von ÖPP)

Sicherung Fachkräfte: mehr Anreize schaffen, in die Qualifizierung der Fachkräfte zu investieren

Mittelstandsförderung ausbauen –Innovationsprogramm für KMU stärken

TTIP, CETA, TISA... Aufweichung von guten Standards, Privatisierungen und Vormachtstellung der Unternehmen vor demokratischer Politik verhindern

Ab 2017 nehmen wir uns unter anderem vor:

Investitionen in Forschung + Entwicklung tatsächlich auf 3% steigern

Mittelstandspolitik: wieder verstärkt kleine und mittlere Unternehmen in den Fokus rücken und EU-Beihilferegulungen wieder verändern

Alternative Wirtschaftspolitik für Deutschland und Europa: Stärkung öffentlicher und privater Investitionen, Verringerung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts

	<p>EU: Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit (insbesondere bei Jugendlichen)</p> <p>IT-Sicherheit: straffe Regelungen schaffen, die die Wirtschaft ausbremsen, den „gläsernen“ Menschen zu ermöglichen</p> <p>Steuern und Finanzen</p> <p><i>Bis 2017 wollen wir mindestens noch erreichen:</i></p> <p>Den Abbau der „kalten Progression“</p> <p>Die stärkere finanzielle Entlastung von Ländern und Kommunen durch den Bund (mit dem Ziel einer Stärkung der öffentlichen Investitionen auf kommunaler Ebene)</p> <p><i>Ab 2017 nehmen wir uns unter anderem vor:</i></p> <p>Eine grundlegende Reform der Erbschaftssteuer für mehr Leistungsgerechtigkeit und ein deutlich höheres Steueraufkommen</p> <p>Die Einführung der Finanztransaktionssteuer auf europäischer, zur Not auch nationaler Ebene</p> <p>Die umfassende Regulierung der Finanzmärkte mit dem Ziel der effektiven Begrenzung destruktiver und gefährlicher Spekulationen</p> <p>Die Formulierung und Durchsetzung einer Alternative zur volkswirtschaftlich schädlichen Austeritätspolitik in Deutschland und Europa</p> <p>Die Reform von Einkommens-, Kapitalertrags- und Körperschaftssteuern sowie die (Wieder-)Einführung der Vermögenssteuer im Sinne von mehr Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit und höheren Einnahmen für das Gemeinwesen</p>	
Flüchtlingspolitik	erledigt durch Annahme von FI 1	

